

FOKUS: E-GOVERNMENT

Keine Alleingänge

Die Zeit der Einzelkämpfer ist vorbei: Kleinere Gemeinden tun sich für die Software-Beschaffung zusammen, und sie verwenden Standard-Software, die sich modular ausbauen lässt. Angesichts des Kostendrucks bleibt ihnen gar nichts anderes übrig.

→ VON MARC EUGSTER

Städte und Gemeinden sehen sich einem stetig steigenden Kostendruck ausgesetzt. Diese Tatsache gilt, mit ganz wenigen Ausnahmen, flächendeckend für alle Kommunen. Auf die Ausgabenbremse wird gedrückt, wo es geht – also auch bei den Software-Systemen. Kein Wunder, werden die Trends in Sachen Verwaltungs-Software allesamt durch die Kosten geprägt.

WEG VON EIGENENTWICKLUNGEN

Wohin geht also die IT-gestützte Abwicklung von Geschäftsprozessen in Gemeinden und Städten? Am augenfälligsten ist mit Sicherheit die Abkehr von Individualösungen und Eigenentwicklungen. Wie in der Privatwirtschaft liegt auch bei den Verwaltungen die Zukunft bei möglichst standardisierten Lösungen. Die Gründe: Zum einen kann man es sich schlichtweg nicht mehr leisten, jeden Sonderwunsch zu erfüllen und sein eigenes Süppchen zu kochen. Der Aufwand sowohl für die Entwicklung als auch für die Wartung wird einfach zu gross. Zum anderen stehen Einzellösungen auf wackligen Füßen. Was ist, wenn der Verantwortliche beim Software-Lieferanten kündigt oder pensioniert wird? Oder wenn plötzlich irgendwo in der Tiefe des Codes eine Eins oder Null umfällt und das System seinen Dienst versagt? Steht dann die Verwaltung einfach still?

Gewiss werden sich grössere Gemeinden und Städte auch in Zukunft die Anwendungen und Tools speziell für ihre Zwecke zuschneiden

Marc Eugster ist Leiter Fachmodule bei IT&T
→ www.itt.ch

lassen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der kleinen und mittelgrossen Gemeinden werden diese aber die Ausnahme bilden, weil – seien wir ehrlich – sich die Grundbedürfnisse der Gemeindeverwaltungen nicht unterscheiden. Die Funktionen einer Finanzbuchhaltung oder Adressverwaltung und Einwohnerkontrolle sind überall dieselben; das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden.

Die Erfahrung zeigt denn auch, dass bei kleinen und mittleren Gemeinden selten nach Individualentwicklungen gefragt wird. Der Standard-Software gehört ganz klar die Zukunft. Spezielle Anforderungen werden hauptsächlich mittels Customizing oder Anbindung von Umsystemen über Schnittstellen gelöst. Letztere entsprechen idealerweise den Standards des Vereins eCH, der sich nach der eGovernment-Strategie des Bundes richtet. Sind diese Standards in der Fachapplikation enthalten und auf dem neusten Stand, steht einem funktionierenden eGovernment, dem automatischen Austausch der Daten mit den Plattformen des Kantons und des Bundes, nichts im Wege. Auch wenn die Schweiz nicht gerade ein Musterbeispiel für elektronische Verwaltungsabläufe ist, bewegt sich doch einiges in Sachen Dokumentenmanagement, interner Kontrollsysteme und Gever zur Erarbeitung einer elektronischen Aktenführung als Grundlagen für eGovernment.

INTEGRATIONSFÄHIGKEIT EIN MUSS

Zur Standardisierung gehört sicherlich auch die Integration in die Microsoft-Umgebung einer Gemeinde – schliesslich sollen sich die Office-

Funktionen direkt aus der Software ansteuern lassen. IT&T beispielsweise entwickelt seine Verwaltungslösungen auf Basis einer industriekompatiblen Technologie, dem ERP-System Microsoft Dynamics NAV. Die Vorteile liegen auf der Hand: Weniger Entwicklungsaufwand, weil quasi das Gerüst schon da ist, auf das die Schweizer Verwaltungslösung gebaut wird. Kundenseitig verringert sich der Integrationsaufwand, und neue Funktionalitäten, beispielsweise bei Office, werden im System sofort mitgeliefert. Weniger Aufwand bedeutet wiederum geringere Kosten, wovon letztlich der Kunde profitiert. Selbstverständlich muss der Anbieter immer auf dem Laufenden sein, was die Erfordernisse der Kunden betrifft. Anwendergremien sind dabei ein wichtiges Mittel zur erfolgreichen Weiterentwicklung von Standardlösungen. Im Gegenzug muss der Kunde halt ab und zu auf einen Sonderwunsch verzichten.

FLEXIBEL DANK MODULAREN AUFBAU

Die Bedürfnisse der Gemeinden unterscheiden sich abhängig von ihrer Grösse respektive ihrem Wachstum. Eine kleine Gemeinde wird keine Analyse-Software benötigen – oft reicht ein Excel-Dokument auf dem Rechner des Gemeindegemeindeglieders. Ebenso wenig wird eine Gemeinde mit nur einer Handvoll Angestellten ein separates Personalinformationssystem brauchen, weder für die Erstellung von Arbeitsverträgen noch für das Absenzwesen, und auch ein E-Recruiting ist überflüssig.

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Bedürfnisse erwarten die Verwaltungen auch von einer Standard-Software eine gewisse Flexibilität.

Mit einem modularen Aufbau der Software wird dies möglich. Zunächst einmal müssen die wichtigsten Anforderungen an das Finanzwesen und die Einwohnerkontrolle erfüllt sein. Verändern sich die Bedürfnisse der Verwaltung, können die entsprechenden Funktionen mit weiteren Software-Bausteinen hinzugekauft werden. Man zahlt, was man kriegt. Wird beispielsweise bei einer Gemeinde infolge schnellen Wachstums dem Team das Management von Projektaufträgen zu komplex, kann bei einer modularen Lösung das entsprechende Werkzeug mit einem Anruf beim Hersteller ohne Installationsaufwand freigeschaltet werden.

Um den Integrationsaufwand von Nebenanwendungen zu umgehen, ist bei der Wahl eines Lieferanten wichtig, dass die am häufigsten benötigten Funktionen abgedeckt sind und nicht von Dritten angebunden werden müssen. Selbstverständlich soll eine neue Verwaltungs-Software auch über einen umfassenden Schnittstellenbestand verfügen, um bestehende Systeme zu integrieren und so Investitionen zu

schützen. Wenngleich in diesem Fall noch Datenbanken von Drittsystemen zum Einsatz kommen, muss die neue Lösung über ein zentrales, von allen Modulen nutzbares Datenbanksystem verfügen.

Leider trifft man noch oft ein Wirrwarr unterschiedlicher Adressbestände an. Das Durcheinander und der daraus entstehende Mehraufwand ist eigentlich zu gross – womit wir wieder bei den Kosten wären. Das Problem ist altbekannt, trotzdem schlagen sich immer noch viele Verwaltungen mit krebsartig wuchernden, verteilten Datenbanksystemen herum. Je länger das so bleibt, desto schwerer wird es, das Geschwür herauszuschneiden, um Konsistenz bei den Daten herzustellen und den Patienten zu heilen.

GEMEINSAME BESCHAFFUNG

Ein weiterer Trend bei Verwaltungslösungen ist die Bildung von Einkaufsgemeinschaften. In letzter Zeit prägten mutmassliche Verfehlungen bei der Vergabe von IT-Lösungen die Schlagzeilen der Medien. Waren die freihändigen Ver-

gaben rechtskonform? Hätten die Aufträge nicht nach WTO-Regeln oder zumindest im Einladungsverfahren vergeben werden müssen? Klar ist, dass die überwiegende Zahl der Gemeinden, aber auch manche Städte, nicht in der Lage sind, Ausschreibungen allein durchzuführen. Weil die rechtlichen und fachlichen Skills – aus teils verständlichen Gründen – fehlen, holen sie sich entweder Hilfe von externen Beratern (die natürlich wieder Geld kosten) oder sie schreiben das Projekt erst gar nicht aus. Die dritte Möglichkeit: Sie tun sich zu Einkaufsgemeinschaften zusammen und evaluieren gemeinsam, verhandeln dann aber auch geschlossen mit dem Lieferanten über die Preise.

Eine weitere Beschaffungsmöglichkeit in der Gruppe ist der Bezug beim Kanton. Diverse kantonale IT-Dienstleister bieten den öffentlichen Verwaltungen bereits entsprechende Software zentral an. Insgesamt ist bei der Art der Beschaffung eine Tendenz weg vom Investitions- zum Betriebskostenmodell bemerkbar. Vielerorts schätzt man die Möglichkeit, von hohen Initialkosten befreit zu sein und Preise über mehrere Jahre verteilt und abgestuft auszuhandeln. Wann sich hingegen das von Software as a Service bekannte verursachergerechte Mietmodell mit zeitlichen, bis auf den einzelnen User heruntergebrochener Verrechnung durchsetzen wird, steht in den Sternen. Man kann aber getrost davon ausgehen, dass neue Technologien wie (Private) Cloud Computing und mobile Anwendungen dereinst auch bei öffentlichen Verwaltungen zum Normalfall werden. Wie in der Privatwirtschaft ist es nur eine Frage der Zeit. Die Kosten- und Nutzenvorteile sprechen für sich. ←



«Das Rad muss nicht für jede Gemeindeverwaltung neu erfunden werden»

Marc Eugster